

Lissaboner Vertrag

Irlands "Nein" ist eine Chance für Europa

Am Tag nach dem Paukenschlag zeigen sich Irlands Politiker ratlos, EU-Gegner frohlocken, -Befürworter sind sauer. Die Regierung fürchtet nach dem "Nein" bei dem Referendum, als Buhmann dazustehen. Doch dafür gibt es keinen Grund. Die Iren haben nur von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Europa zu stoppen.



Foto: AP

Die Neinsager haben gewonnen. Irland lehnt den ...

Dürfen 860.000 Iren 495 Millionen Europäer stoppen? Ja, sie dürfen das. Denn so war es vereinbart: Der Vertrag von Lissabon tritt nur in Kraft, wenn alle EU-Mitgliedsländer zustimmen. Und man darf annehmen, dass nicht wenige Europäer, vielleicht sogar die Mehrheit der 495 Millionen, die Iren um die Möglichkeit beneiden, ihren Willen in einem Referendum kundzutun, und dass sie den 860.000 Neinsagern dankbar sind.

Mit diesem Votum ist die EU-Verfassung dort gelandet, wo sie hingehört: in die Altpapiertonne. Noch reagiert die politische Klasse reflexartig mit einem "Wir machen weiter!" Aber das geht nicht. Es ist Zeit, Europa neu zu denken.

Was bedeutet das? Vor allem dies: Europa kann nicht hinter dem Rücken der Bürger geschaffen werden. Das hätte nach dem Nein der Franzosen und Holländer zum EU-Verfassungsvertrag vor drei Jahren klar sein müssen. Stattdessen übernahm Angela Merkel den Vorschlag Nicolas Sarkozys, das Wort "Verfassung" fallen zu lassen, die wichtigsten Bestimmungen aber unverändert als Vertrag von Lissabon von den nationalen Parlamenten absegnen zu lassen, möglichst ohne lästige Volksabstimmungen.

Der Autor der ursprünglichen Verfassung, Frankreichs Ex-Präsident Giscard d'Estaing, sagte: "Alle früheren Vorschläge sind in dem neuen Vertrag, aber irgendwie versteckt und verschleiert." Italiens ehemaliger Ministerpräsident Giulio Amato sagte: "Man beschloss, dass das Dokument unleserlich sein sollte." Und Belgiens Außenminister Karel de Gucht ergänzte: "Dieser Vertrag musste unklar sein. Das ist gelungen."

Deshalb ist nichts abgeschmackter als die Reaktion der vorgeführten europäischen Elite, die Iren hätten nicht verstanden, worüber sie abstimmten. Auch den Franzosen und Holländern wurde damals Unkenntnis des Abstimmungsgegenstands unterstellt. Wer ein solches Verständnis von Demokratie hat, sollte lieber das Volk auflösen und sich ein neues wählen.

Europa neu denken heißt zweitens, das gebetsmühlenhaft vorgetragene Mantra zu hinterfragen, die EU sei ohne den Lissaboner Vertrag nicht handlungs- und erweiterungsfähig. Ob die EU beispielsweise mit einer Doppelspitze aus dem Kommissionspräsidenten und dem neu zu schaffenden Amt eines für mehrere Jahre gewählten Ratspräsidenten handlungsfähiger wäre, wie es der nun gescheiterte Vertrag vorsah, darf bezweifelt werden.

Und ob es angesichts der Beitrittsverhandlungen mit der bevölkerungsreichen Türkei sinnvoll ist, wenn im Ministerrat entsprechend der Bevölkerungszahl abgestimmt werden soll, ist ebenso zweifelhaft. Besser wäre es, zum viel belächelten polnischen Vorschlag der "Quadratwurzel" zurückzukehren, die bei Abstimmungen den kleineren Ländern ein relativ größeres Gewicht gibt – wie im Deutschen Bundesrat.

Ob es schließlich Europa nützt, wenn der Rat der Regierungschefs – also die Exekutivgewalt – selbst bestimmen darf, welche Zuständigkeiten er sich anmaßt, wie im Vertrag vorgesehen, kann rundweg verneint werden. Selbstermächtigung tut keiner Regierung gut.

Den europäischen Regierungschefs fehlt es nicht an Zuständigkeiten, wenn sie im Rat zusammenkommen. Es fehlt am politischen Willen, Beschlüsse zu fassen und sie auch umzusetzen. Jüngste Beispiele sind das Zerschreddern des unter Merkels Präsidentschaft beschlossenen Klimaplanes, die Unfähigkeit der EU, das Zypern-Problem zu lösen, und der Unwille, über eine Sonderbeziehung zu Israel ernsthaft zu verhandeln.

Europas dringendste Aufgaben lauten: eine gemeinsame Energiepolitik entwickeln, Subventionen abbauen und das Geld in die Bildung stecken, den Freihandel fördern, Europas Streitkräfte und Grenzregime stärken, den Balkan integrieren und durch Erweiterung der Union für Stabilität, Demokratie und Wohlstand auf dem Kontinent sorgen. Dafür müssen Europas Politiker Mehrheiten in ihren Ländern gewinnen, statt sich weiterhin im Projekt einer Verfassung zu verbeißen, die Europas Völker nicht wollen.

Quelle:

http://www.welt.de/politik/article2104183/Irlands_Nein_ist_eine_Chance_fuer_Europa.html